

10. Wahlperiode

03.12.1986

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge

sr-ma

Protokoll

22. Sitzung (nicht öffentlich)

3. Dezember 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.30 Uhr

Vorsitzender: Abg. Bräuer (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse

- I. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/1250, 10/1470, 10/1540
Vorlagen 10/569, 10/581
Zuschrift 10/526

Nachdem der Ausschuß auf eine Beratung der zweiten Ergänzung des Haushaltsplanentwurfs 1987 - Drucksache 10/1540 - verzichtet, stimmt er über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge ab (siehe dazu den Diskussionsteil dieses Protokolls und insbesondere bezüglich der Begründungen die Vorlage 10/665)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. die ihn tangierenden Bereiche des Einzelplans 07 unter der Maßgabe der Berücksichtigung der angenommenen Anträge (siehe dazu im Diskussionsteil dieses Protokolls unter Tagesordnungspunkt I die Nummern 1, 4, 5, 9, 11, 14 und 16) an.

Zum Berichterstatter wird Abg. Bräuer (SPD) bestimmt.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

- II. Entwurf einer Achtzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrenschutzes

Vorlage 10/704

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

- - - - -

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

Aus der Diskussion

Zu I: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987

Nachdem der Ausschuß auf eine Beratung der zweiten Ergänzung des Haushaltsplanentwurfs 1987 - Drucksache 10/1540 - verzichtet, tritt er in das Abstimmungsverfahren über die von den Fraktionen vorgelegten Anträge ein. Wegen Abwesenheit des F.D.P.-Ausschußmitglieds zu Anfang der Sitzung wird die Abstimmung über die von der F.D.P. gestellten Anträge zunächst zurückgestellt.

1. Die SPD stellt den Antrag, den Ansatz von Tit. 684 20 - Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen zur Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt - in K a p i t e l 07 020 - Allgemeine Bewilligungen - um 800 000 DM zu erhöhen.

Abg. Arentz (CDU) bittet um eine Begründung für den Antrag, da auf dem Papier selbst keine solche zu finden sei.

Abg. Schmidt (SPD) legt dar, man wolle mit dem Antrag eine Erhöhung der Pauschalen für die bestehenden Arbeitslosenzentren erreichen, wobei er nicht ausschließen wolle, daß die eine oder andere Einrichtung neu in die Förderung aufgenommen werden könne.

Abg. Arentz (CDU) hält dem entgegen, nach dem Bericht der Landesregierung seien für diesen Zweck im Jahre 1985 1,3 Millionen DM verausgabt worden. Wenn nunmehr der bestehende Ansatz erhöht werden solle, müßte es seines Erachtens Hinweise geben, daß schon im laufenden Haushaltsjahr die bereitgestellten 2 Millionen DM nicht ausgereicht hätten oder zumindest voll abgeflossen seien.

Staatssekretär Nelles (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) führt aus, 1985 sei diese Förderung angelaufen; deshalb seien nur 1,3 Millionen DM ausgegeben worden. 1986 seien mit den zur Verfügung stehenden 2 Millionen DM

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

alle förderungsfähigen Anträge bedient worden. Die beantragten zusätzlichen 800 000 DM würden es ermöglichen, die in der Förderung befindlichen Einrichtungen mit erhöhten Beträgen zu bezuschussen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

2. Der Antrag der F.D.P., den Ansatz von Tit. 684 30 - Zuschuß an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, e. V., Oberhausen - in dem o. a. Kapitel auf Null zu setzen, wird mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. abgelehnt.
3. Der Antrag der CDU, für 1,5 Millionen DM des Ansatzes von Tit. 684 30 - s. o. - in dem o. a. Kapitel einen Sperrvermerk auszubringen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.
4. Der Antrag der SPD, bei Tit. 684 20 sowie den Titelgruppen 70, 71, 72 und 73 in dem o. a. Kapitel den Vermerk "Die Ausgaben in Kapitel 07 020 Titel 684 20, Titelgruppen 70, 71, 72 und 73 sind gegenseitig deckungsfähig." auszubringen, wird mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.
5. Die SPD beantragt, den Ansatz der Titelgruppe 73 - Erleichterung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem - in dem o. a. Kapitel um 1,3 Millionen DM (Tit. 682 73: minus 150 000 DM, Tit. 683 73: minus 1,15 Millionen DM) zu kürzen.

Abg. Arentz (CDU) zitiert die Begründung des Antrags - "Weniger wegen geringerer Vorbelastungen aus dem Jahre 1986" -, hält dem den Vermerk aus dem Erläuterungsband zum Einzelplan 07 - Mehr zur Abdeckung von Verpflichtungen aus 1986 - entgegen und bittet um Aufklärung dieses Widerspruchs.

Abg. Schmidt (SPD) merkt an, seines Wissens sei das Programm später angelaufen, und deswegen sei weniger ausgegeben worden; dies schlage auf die nächsten Jahre durch.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

6. Der Antrag der F.D.P., den Ansatz von Tit. 526 90 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben - der Titelgruppe 90 - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung - in dem o. a. Kapitel auf Null zu setzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.
7. Der Antrag der CDU, den Ansatz von Tit. 526 90 - s. o. - der o. a. Titelgruppe in dem o. a. Kapitel um 5 Millionen DM zu kürzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.
8. CDU und F.D.P. begehren in getrennten Anträgen die Erhöhung des Ansatzes von Tit. 684 11 - Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen - in Kapitel 07 040 - Altenhilfe und soziale Hilfen - um 1,4 Millionen DM. Die Anträge werden mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Abg. Schmidt (SPD) erklärt dazu, die SPD habe diese Anträge schweren Herzens abgelehnt. In diesem Zusammenhang bittet der Abgeordnete, den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu ersuchen, einen Teilbetrag von 3 Millionen DM (Erhöhungsbetrag im Haushalt 1987 gegenüber 1986) erst dann weiterzugeben, wenn ein übereinstimmend gefaßter Vorschlag der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Verteilung der Summe von 3 Millionen DM vorgelegt worden sei, und erhebt diese Bitte zum Antrag.

Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.) stimmt der hinter dem Antrag stehenden Problemsicht zu. Er erinnert in diesem Zusammenhang an das vom Ausschuß in Aussicht genommene Gespräch mit den Spitzenverbänden, bei dem auch einmal über die von der CDU beantragte gänzliche Inanspruchnahme der Spielbankabgabe und die Pauschalausstattung der Spitzenverbände zu reden sei. Der Antrag des Abg. Schmidt sollte auch in diesem Kontext gesehen werden.

Der Vorsitzende merkt an, das Gespräch mit den Spitzenverbänden sei terminlich bereits festgelegt.

Der oben von Abg. Schmidt namens der SPD-Fraktion gestellte Antrag wird mit den Stimmen von SPD und F.D.P. sowie einigen Stimmen der CDU gegen zwei Stimmen der CDU bei einer Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

9. Die SPD beantragt, den Ansatz von Tit. 684 15 - Zuschüsse für Erholungsmaßnahmen für erwachsene behinderte Menschen - in dem o. a. Kapitel um 250 000 DM zu erhöhen.

Abg. Arentz (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion trete dem Antrag bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

10. Der Antrag der CDU, den Ansatz von Tit. 684 19 - Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege" - um 48,45 Millionen DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.) merkt an, über die Spielbankabgabe müsse der Ausschuß trotz der Ablehnung des Antrags bei nächster Gelegenheit einmal grundsätzlich diskutieren. Er habe sich der Stimme enthalten, weil man nach seiner Auffassung, würde man die Spielbankabgabe vollständig der Stiftung zuführen, mehr Beweglichkeit hinsichtlich verschiedenster Einzelpositionen im Sozialetat fände.

11. Die SPD beantragt, den Ansatz der Titelgruppe 62 - Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren für Altenpflege und für Familienpflege - in dem o. a. Kapitel um 1 Million DM (Tit. 653 62: plus 100 000 DM, Tit. 684 62: plus 900 000 DM) zu erhöhen.

Abg. Arentz (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion trete dem Antrag bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

12. Der Antrag der CDU, den Ansatz von Tit. 531 00 - Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG - in Kapitel 07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge - um 100 000 DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

13. Der Antrag der CDU zu Tit. 684 11 ist wegen der zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf - Drucksache 10/1540 - gegenstandslos geworden.

Abg. Arentz (CDU) merkt dazu an, er begrüße in diesem Zusammenhang die auf seiten der Landesregierung offensichtlich stattgefundenen Lernprozesse.

14. SPD und F.D.P. beantragen in getrennten Anträgen die Erhöhung des Ansatzes von Tit. 684 30 - Zuschüsse an die Beiräte für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen - in dem o. a. Kapitel um 20 000 DM.

Abg. Arentz (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion trete den Anträgen bei.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

15. Der Antrag der CDU, den Ansatz der Titelgruppe 60 - Förderung von Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG a. F.) - in Kapitel 07 070 - Krankenhausförderung - um 50 Millionen DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.

16. Die SPD stellt den Antrag, den nach der Ergänzungsvorlage Drucksache 10/540 festgestellten Ansatz der Titelgruppe 62 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke für Krankenhäuser nach §§ 4, 8, 11, 12 und 13 KHG a. F. - in dem o. a. Kapitel um 1,27 Millionen DM (Tit. 653 62: minus 270 000 DM, Tit. 684 62: minus 1 Million DM) zu kürzen, wobei Unterteil d) - Ablösung der "alten Last" (§ 12 KHG a. F.) - betragsmäßig anzupassen ist (63,23 Millionen DM).

Abg. Arentz (CDU) fragt, aus welchem Grunde die SPD trotz der Kürzung des Ansatzes nach der zweiten Ergänzungsvorlage eine weitere Kürzung des Ansatzes um 1,27 Millionen DM für notwendig halte.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
22. Sitzung

03.12.1986
sr-ma

Abg. Schmidt (SPD) setzt die Problematik der "alten Last" als bekannt voraus. Daß in diesem Zusammenhang ein Rückgang festzustellen sei, sei unstrittig. Eine weitere Abnahme der Belastungen sei durch den Mittelabfluß erkennbar.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

17. Der Antrag der F.D.P., den Gesamtansatz von Kapitel 07 120 - Institut "Arbeit und Technik" - auf Null zu setzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.
18. Der Antrag der CDU, den Gesamtansatz des o. a. Kapitels - s. o. - mit einem Sperrvermerk zu versehen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.
19. Der Antrag der F.D.P., die Ansätze der Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - und 425 10 - Bezüge der Angestellten - in Kapitel 07 010 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - um zusammen 900 000 DM zu kürzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.
20. Der Antrag der F.D.P., den Ansatz von Tit. 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit - in dem o. a. Kapitel um 60 000 DM zu kürzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von F.D.P. und CDU abgelehnt.
21. Der Antrag der F.D.P., den Ansatz von Tit. 531 10 - Aufklärung über Arbeitsmarktpolitik, Berufsbildung und Sozialpolitik - in Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen - um 42 000 DM zu kürzen, wird mit den Stimmen der SPD und fünf Stimmen der CDU gegen die Stimme der F.D.P. bei vier Stimmenthaltungen der CDU abgelehnt.
22. Der Antrag der F.D.P., den Ansatz von Tit. 684 10 - Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft für Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen mbH - in dem o. a. Kapitel auf Null zu setzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.